

Tiefe Schülerzahlen und die Bündner Bildungslandschaft : Interview mit Rita Wiesendanger, Hans Peter Märchy und Andrea Caviezel

Autor(en): **Cantoni, Fabio E. / Schwärzel, Jöri / Märchy, Hans Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bündner Schulblatt = Bollettino scolastico grigione = Fegl
scolastic grischun**

Band (Jahr): **75 (2013)**

Heft 4: **Schule in Randregionen**

PDF erstellt am: **21.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-720264>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Tiefe Schülerzahlen und die Bündner Bildung

Interview mit Rita Wiesendanger, Hans Peter Märchy und Andrea Caviezel

Die tiefen Schülerzahlen und insbesondere der quantitative Verlust an AbgängerInnen aus der Bündner Volksschule stellen die Bündner Bildungsverantwortlichen vor Probleme. Das Bündner Schulblatt hat deshalb die Leiterin des Amtes für Berufsbildung, den Leiter des Amtes für höhere Bildung und den Leiter des Schulinspektorats Graubünden zu einem Gedankenaustausch eingeladen.

VON FABIO E. CANTONI UND JÖRI SCHWÄRZEL



Andrea Caviezel, Rita Wiesendanger und Hans Peter Märchy, von links nach rechts

BÜNDNER SCHULBLATT: Die Ostschweiz und Graubünden traf und trifft der Rückgang der Schülerzahlen besonders stark. Was bietet Graubünden nicht, was andere Kantone bieten?

HANS PETER MÄRCHY: Die Schülerzahl hängt ja eng mit der demografischen Entwicklung der Gesamtbevölkerung zusammen. Zudem beobachten wir – mit Ausnahme der 80er Jahre – eine stete Abwanderung von jungen Familien kurz nach Geburt der Kinder bis zur 6. Klasse. Grundsätzlich liegen die Gründe wohl in der wirtschaftlichen Entwicklung, das heisst im Arbeitsplatzangebot des Kantons. Und dann gibt es auch die gesellschaftlichen Veränderungen wie veränderte Familienstrukturen.

RITA WIESENDANGER: Wir von der Verwaltung müssen mit den Gegebenheiten leben. Was könnte Graubünden nicht anbieten? Unsere Einflussnahme auf mögliche demografische Gründe ist klein. Es ist unsere Aufgabe, Lösungen für die kleiner werdende Zahl von Auszubildenden zu erarbeiten.

ANDREA CAVIEZEL: Wir müssen in Graubünden differenzieren: Es gibt Regionen, in denen die Zahlen stabil geblieben sind – nämlich dort, wo es genügend Arbeitsplätze und ein ausgebautes Ausbildungsangebot gibt wie im Churer Rheintal oder im Engadin, wo die Baubranche boomte. Dabei spielt die Zuwanderung eine grosse Rolle. Es gibt periphere Regionen, die verlieren. Im Rheinwald, im Surses, im Schanfigg, im Bergell, im Val Müstair und in der

ungslandschaft

Surselva ausserhalb von Ilanz stellen die sinkenden Schülerzahlen die Verantwortlichen vor grosse Probleme.

HANS PETER MÄRCHY: Agglomerationen ziehen die Leute aus den Tälern an, nicht nur in Graubünden. Wir sind da ein Abbild der Schweiz. Allerdings müssen wir dazu vermerken, dass auch unsere Agglomerationen hinter dem schweizerischen Mittel nachhinken, was die Attraktivität betrifft. Zürich plant drei neue Mittelschulen und wir müssen prüfen, wieviele der Schulen weitergeführt werden können.

ANDREA CAVIEZEL: Wir müssen jedoch genau hinschauen. In der Region Prättigau-Davos verlieren vor allem die grossen Tourismusorte Klosters und Davos. Ansonsten sind die Zahlen stabil; so auch etwa im Misox oder im Avers. Das Niveau ist aber klar tiefer als früher. Mit dem heutigen Verkehrsangebot muss ja Wohn- und Arbeitsregion nicht mehr identisch sein.

RITA WIESENDANGER: Für eine Analyse Graubündens müssten auch die Pendlerströme und die Immobilienpreise miteinbezogen werden. Ist es für Arbeitnehmende im Rheintal z.B. günstiger im Prättigau zu wohnen und ist deshalb der demografische Rückgang in der Nähe des wirtschaftlich starken Rheintals kleiner als in abgelegeneren Regionen?

Mit neuen Schulverbänden, mit allfälligen Angebotsreduzierungen in den Berufsschulen usw. wird den rückgängigen Schülerzahlen entgegengewirkt. Wo sehen Sie die Grenzen der Ökonomisierung im Bildungsbereich?

ANDREA CAVIEZEL: Diese Frage unterstellt, dass die Ökonomisierung die primäre Ursache von Schulzusammenschlüssen sein könnte. In der Realität ist der Ausgangspunkt für die Reduktion von 170 Schulträgern im Schuljahr 2005/06 auf noch 106 ab dem Januar 2014 jedoch die schmerzliche Tatsache, dass die Schülerzahlen z.T. massiv gesunken sind und weiter sinken. Damit muss man sich vor Ort gezwungenermassen mit der folgenden Frage auseinandersetzen: Welches ist die optimale Struktur und Organisation, um eine möglichst gute Schulqualität gewährleisten zu können?

Da es an vielen Orten immer schwieriger wird, überhaupt erst Leute zu finden, die in einer Schulbehörde Einsitz nehmen wollen, entsteht weiterer Handlungsdruck. Natürlich werden dann im Rahmen solcher Strukturbereinigungen richtiger-

weise auch betriebswirtschaftliche Aspekte gewichtet. Die bisherige Entwicklung zeigt jedoch, dass die Verantwortlichen vor Ort sehr darauf bedacht sind, ausgewogene Lösungen zu finden. Schulfusionen müssen aber nicht direkt und zwingend zu weniger Schulstandorten oder weniger Klassen führen. Diese Zahlen sind stabiler. Die Überlegung hinter den Zusammenlegungen der Schulträgerschaften ist also nicht primär, wie Kosten gespart werden können.



RITA WIESENDANGER: Im Berufsbildungsbereich haben wir den Verfassungsauftrag für ein dezentrales Angebot. Aus ökonomischen Gründen haben wir keine Klassen geschlossen, nur wenn es zu wenige Schüler gab, um überhaupt noch eine Klasse führen zu können. Gewünscht wären Klassengrössen von über zwanzig Lernenden. In den Regionen kommen wir in der Berufsbildung an diese Klassengrössen nicht heran. Wenn die Schülerzahl unter zehn sinkt, haben wir die Möglichkeit, kleinere Klassen zu bewilligen. Mit dem Hintergrund des Auftrags eines dezentralen Angebotes sind wir da meist grosszügig. Dabei gibt es organisatorische Möglichkeiten wie etwa die Zusammenlegung von verschiedenen Berufen in den allgemein bildenden Fächern, oder von lehrjahrübergreifendem Unterricht in der Berufsbildung. Dabei ist zu prüfen, wie sinnvoll die Massnahmen sind. Es bleibt ja das Ziel, den Lernerfolg der Auszubildenden zu gewährleisten. In den letzten Jahren konnten wir zum Beispiel die Coiffeusenausbildung in Davos nicht mehr weiterführen. Mit zwei Lehrverträgen pro Jahr ist es einfach auch für die Lernenden nicht mehr sinnvoll.

HANS PETER MÄRCHY: Der Kanton hat bei den Mittelschulen die betriebswirtschaftlichen Aspekte nicht selbst in den Vordergrund gerückt und mischt sich da nicht direkt ein.

Lehrstellen und Ausbildungsstellen

von Rita Wiesendanger, Hans Peter Märchy und Andrea Caviezel

Verantwortlich sind die einzelnen selbständigen Schulen. Der Kanton zahlt seinen Beitrag. Solange dieser ausreicht, sehen wir keine Probleme.

Aufmerksam wird der Kanton, wenn wegen sinkender Schülerzahlen der Aufnahmemechanismus in Frage gestellt wird. Der Kanton ist darauf bedacht, dass das Ausbildungsniveau nicht sinken darf. Wir haben zur Zeit parlamentarische Vorstösse, die die finanzielle Lage der Mittelschulen im Fokus haben und eine Beitragserhöhung anstreben.

«Wir bilden Lehrlinge aus.» Einst der Stolz und das Qualitätssiegel eines Betriebes. Was aber, wenn es keine geeigneten Interessenten gibt? Zur Zeit stehen noch über 700 Lehrstellen in Graubünden offen.

RITA WIESENDANGER: In Graubünden haben wir die Situation, dass einerseits die wirtschaftliche Lage stabil ist und dabei sogar neue Ausbildungsplätze generiert werden, andererseits die Zahl der Jugendlichen sinkt. Die Berufsbildung will ihren Anteil an den SchulabgängerInnen behalten. Auch innerhalb der Berufsbildung gibt es einen Wettbewerb um die Talente, einen Kampf um gute Schülerinnen und Schüler. Lehrlinge aus den Überschussskantonen zu holen, ist zwar nicht ausgeschlossen. Es ist jedoch Sache der Lehrbetriebe, geeignete Lernende zu suchen und anzustellen. Sofern aber überhaupt eine Mobilitätsbereitschaft der Jungen da ist, dann leider eher in Richtung der Zentren.

HANS PETER MÄRCHY: Es gibt derzeit einen politischen Konsens, das Verhältnis zwischen Berufsbildung und Gymnasium von ungefähr 80:20 beizubehalten.

Noch vor kurzem waren es oft die Schulabgänger selbst, die um Lehrstellenplätze kämpften. Heute stehen sie einem recht grossen Angebot gegenüber. Welche Gefahren bzw. Chancen sehen Sie darin?

RITA WIESENDANGER: Den Jugendlichen stehen mehr offene Lehrstellen zur Verfügung als vor Jahren. Das erhöht ihre Chancen auf eine geeignete Lehrstelle. Für die Lehrbetriebe entsteht jedoch die Versuchung, je länger desto früher die Lehrverträge abzuschliessen, da die Auswahl an geeigneten Bewerbungen kleiner geworden ist. Aus der Volksschul-

Oberstufe erhalten wir jedoch Signale, dass nach der frühen Zusage zu einer Lehrstelle, die Motivation und Arbeitshaltung in der Schule sinkt. Wir appellieren nicht nur darum an die Betriebe, die Lehrverträge nicht zu früh abzuschliessen. Es laufen in dieser Zeit auch noch einige Veränderungen bei den Jugendlichen selbst ab.

ANDREA CAVIEZEL: Die Situation akzentuiert sich in der neunten Klasse. Nicht nur die einzelne Lehrperson oder Schule muss reagieren, es ist das ganze System Schule. Es braucht eine verstärkte Individualisierung und Projektorientierung des Unterrichts, damit die Schülerinnen und Schüler attraktiv und verbessert auf eine Lehrstelle vorbereitet werden können. Mit dem Lehrplan 21 werden wir darauf schauen müssen, wie in Graubünden das neunte Schuljahr neu konzipiert werden soll. Die Volksschule wird also künftig weiter daran arbeiten, die SchulabgängerInnen für den Berufseinstieg fit zu machen. Dies löst aber das Problem nicht, für alle Berufe genügend Auszubildende bereit zu haben. Es gibt eben sehr gefragte Berufe.

RITA WIESENDANGER: Viele wählen immer noch den kaufmännischen Bereich. Aber es gibt auch begehrte Berufe mit weniger Lehrstellen, so in kreativen und grafischen Bereichen und in der Informatik. Deshalb gelingt es nicht in jedem Fall, die «Traumlehrstelle» zu finden.

ANDREA CAVIEZEL: Da sehe ich noch Handlungsbedarf für die Schule in enger Zusammenarbeit mit der Berufsberatung. Dabei geht es vor allem um die Öffnung des Horizonts, das heisst, es wäre wichtig, sich von den traditionellen Rollenbildern zu verabschieden. Nicht zuletzt für Mädchen.

HANS PETER MÄRCHY: Das sind aber echte Herausforderungen für die Lehrpersonen. Diese Individualisierung fordert die Oberstufenlehrpersonen heraus. Ich frage mich, ob das beim heute schon festzustellenden Lehrpersonenengpass auf dieser Stufe nicht zu sehr abschreckt, diesen Beruf zu lernen.

ANDREA CAVIEZEL: In Graubünden ist das Vertrauen in die Oberstufe immer noch in hohem Mass vorhanden. So werden auch die Abschlusszeugnisse von den Abnehmern im Unterschied zu anderen Kantonen nicht generell in Frage gestellt. Grössere Schulhausteams haben den Vorteil, dass die Schulqualität weniger von einzelnen Lehrpersonen abhängig ist.

Kommentar

Demografie als Wegweiser der Bildungspolitik



In regionalen Oberstufenzentren kann besser gewährleistet werden, dass beispielsweise ausgebildete Phil-I- oder Phil-II-Oberstufenlehrpersonen für die Kernfächer rekrutiert werden können, was für die Qualitätssicherung zentral ist. Reorganisationen begünstigen diese Tendenz.

Grössere Organisationseinheiten in der Oberstufe bieten weitere Vorteile: Das breitere Angebot an Wahlfächern, das Entstehen von positiven Peergroups mit Zugpferden, die leichtere Rekrutierung von ausgebildeten Lehrpersonen, etc.

Welche Lösungsansätze sehen Sie für die Beibehaltung eines dezentralen und möglichst flächendeckenden Angebotes an Mittel- und Berufsschulen? Gibt es da noch weitere Mittel?

RITA WIESENDANGER: Ein Beispiel: Erfolgreich ist für uns das Splittingmodell, das wir mit Ilanz führen. Am Vormittag kommen die BerufsschülerInnen nach Chur in die berufsspezifische Ausbildung und am Nachmittag besuchen sie

die allgemeinbildenden Fächer in Ilanz – teils in romanischer Sprache.

HANS PETER MÄRCHY: Wie in den Medien bekannt geworden, ist die Erhaltung der dezentralen Mittelschulstandorte ein Thema. Ein Element zur Aufrechterhaltung der heutigen Struktur sind die Internate, die versuchen, Schülerinnen und Schüler aus anderen Kantonen nach Graubünden zu holen. Beispielsweise mit speziellen Angeboten in Musik- oder Sportausbildungen soll dies gelingen.

Nicht möglich ist es, die Jugendlichen aus der Berufsbildung ins Gymnasium zu locken. Denn sonst fehlen diese nicht nur in der Lehre, sondern auch nachher an der HTW oder anderen Institutionen der weiterführenden Berufsbildung.

ANDREA CAVIEZEL: In mittelfristigem Blickwinkel ist unbedingt das neue Volksschulgesetz zu erwähnen. Es macht die Bündner Schule um einiges attraktiver: Die Möglichkeiten, welche die Blockzeiten, die Tagesstrukturen oder die Talentschulen bieten, machen die Bündner Schule attraktiv. Dies

hat volkswirtschaftlich positive Auswirkungen. Graubünden ist für junge Familien wieder attraktiver und voll kompetitiv. Das ist ein riesiger Schritt für Graubünden. Neue Privatschulen wird es kaum benötigen, wenn die öffentliche Schule dies alles anbietet.

Unser duales Bildungssystem ist ein Erfolgsmodell. Es wurde schon oft erwähnt. Die Maturitätsquote liegt in Graubünden mit knapp 20 Prozent eher tief. Trotzdem bestehen Befürchtungen, dass es eine Verschiebung weg von der Berufslehre hin zu den weiterführenden Schulen gibt. Ist dies in der Praxis ersichtlich? Gibt es konkrete Beispiele dafür?

RITA WIESENDANGER: Wie schon erwähnt hat die Politik versprochen, dass die Übertrittsquoten stabil bleiben sollen. Dies wird über die Aufnahmeprüfungen gesteuert. Geht man davon aus, dass der Anteil von lernstarken Kindern auch bei abnehmender SchülerInnenzahl in etwa gleich bleibt, ist dies auch richtig so. Klar, die heutigen Schülerinnen und Schüler sind am Ende der Schulzeit breiter ausgebildet. Dies brauchen sie auch, um den neuen Anforderungen der Berufe gerecht zu werden.

HANS PETER MÄRCHY: Die heutigen Möglichkeiten, eine «Berufskarriere» auch über die Berufslehre zu starten, ist noch nicht bei den Eltern angekommen. Heute wird immer noch das Kind ins Gymnasium gedrängt, ob es dort hingehört oder nicht.

ANDREA CAVIEZEL: Haben die Buben dies nicht schon eher erkannt als die Mädchen und wenden sich vermehrt der Berufslehre zu?

RITA WIESENDANGER: Das muss man anders anschauen. Bei den Mädchen gab es eben einen Aufholbedarf. Es ist noch keine fünfzig Jahre her, dass Mädchen an den Gymnasien kaum vertreten waren.

HANS PETER MÄRCHY: Ja, das stimmt, das abgeschlossene Wachstum an den Gymnasien ist eigentlich fast allein auf die Zunahme bei den Schülerinnen zurückzuführen. Heute bilden sie eine Mehrheit an den Bündner Mittelschulen.

Weitere Anliegen oder Schlussvotum?

RITA WIESENDANGER: Wichtig ist mir, die Jungen aufzufordern, sich aktiv umzuschauen und mit Unterstützung der Berufsberatung einen zu ihren Neigungen und Eignungen passenden Beruf zu finden. Eine riesige Palette an Ausbildungen und viele Wege stehen ihnen im heutigen Bildungssystem offen.



HANS PETER MÄRCHY: Ich plädiere dafür, dass Eltern ihr Kind ins Zentrum stellen und eine Möglichkeit suchen, wo es seine Stärken leben kann – und damit dem Kind die optimale Ausbildung ermöglichen. Wie Rita Wiesendanger gesagt hat, das Angebot ist gross. So sollte es auch möglich sein, das richtige für sein Kind zu finden.

ANDREA CAVIEZEL: Nutzen wir das grosse Vertrauen in die Bündner Volksschule und profitieren wir künftig vom neuen Schulgesetz. Die Bündner Bevölkerung hat bei der Bildung nie sparen wollen. In den Schulprojekten in den Gemeinden stand das Wohl der Kinder und Jugendlichen im Zentrum. Schulfusionen – die übrigens quantitativ weit über die Gemeindefusionen hinausgehen – wurden sehr verantwortungsbewusst umgesetzt.

Und zum Schluss: Graubünden leistet sich auch ganz kleine Schulen. Ich finde das toll.

Herzlichen Dank für die spannende Diskussion!